Nr. 213 — 21. Jahrg. — Donnerstag, 14. Sept. 1922

Fernsprecher: Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Monat Septbr. 90 M. Einzelnummer 3 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich dreimal. Anzeigenpreis: Die einspaltene Petitzeile 10 M. für Familien- u. Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 8 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 69 mm breit, 35 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 2 M. bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Papierlieferung usw. erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und um Rückporto nicht verliehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt. Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Inhaber P. Beck, Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Kurtat, An der Petrikirche 4

Tagesschau

Der Reichspräsident empfing den Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger zu einer Besprechung über die Notlage der Presse.

Der deutsche Passagierdampfer „Hammonia" ist auf der Höhe von Vigo in einem schweren Weststurm untergegangen. Nach neuesten Meldungen sollen auch Menschenleben zu beklagen sein. So spricht eine Meldung aus Madrid von annähernd 100 Menschenopfern.

Das französische Oberkommando am Rhein soll in Paris für dieses Jahr mit Rücksicht auf die außergewöhnlich kühle Witterung um einen früheren Abtransport der farbigen Truppen aus dem besetzten Gebiet gebeten haben.

Der französische Kapitän Horne, ein Pilot des Luftpostschiffes Paris—London, kündigt an, daß er binnen kurzem versuchen wird, den Kanal mit einem motorlosen Flugzeug zu überfliegen.

Nach einer Meldung aus Paris ist in Konstantinopel der Kriegszustand erklärt worden.

Kritische Stimmen

„Patriotismus zu sechs Prozent". Unter diesem Titel hat der in der englischen Intelligenz, namentlich aber auch in den Kreisen der englischen Industrie weit verbreitete „Manchester Guardian" den Vertrag Stinnes-Lubersac glossiert. Das Wort ist hart, ja fast brutal. Wer aber einige Intimitäten der Vorgeschichte dieses Vertrages kennt, der muß, ganz abgesehen von den politischen Momenten, die hier hereinspielen, die in der Stellungnahme gerade des Reichstagsabg. und Großindustriellen Stinnes und seiner parteipolitischen Gefolgschaft zu der sogenannten Erfüllungspolitik" der gegenwärtigen Regierung begründet sind, doch von starkem Bedenken erfüllt werden. Es ist bezeichnend, daß mehr und mehr gerade in den industriellen Kreisen diese Vorbehalte und auch begründeten Einwendungen gegen diesen Vertrag und seine Tendenz erhoben werden.

Niemand wird es einer geschäftlich orientierten Persönlichkeit, noch dazu einem sozusagen mit Uebergenialität ausgestatteten Industriekapitän vom Range des Abg. Stinnes verübeln wollen, wenn er seine Aktionen auf nüchterner, rechnerischer, geschäftlicher Grundlage aufbaut und durchführt. Aber es ist doch etwas anderes, ob es sich dabei um private Interessen allein handelt, oder ob ein ganzes Volk in allen seinen wirtschaftlichen Funktionen davon berührt wird. Das aber ist bei dem Stinnesvertrag mit den französischen Wiederaufbaugesellschaften der Fall. In zäher Selbstsicherheit hat Stinnes seit Jahren sich das Fundament für ein Monopol geschaffen, das nun zum ersten Male seine Fänge zeigt. Hier liegt eine große Gefahr für die nicht in Stinnes-Unternehmungen gesammelte oder von ihnen aufgesaugte Industrie. Einen Vorgeschmack dafür, was mit diesen Unternehmungen, die nicht unter die Stinnessche Botmäßigkeit sich einordnen können oder wollen, geschieht, bietet unter anderem die Tatsache, daß mit einer ganzen Reihe von Industriegruppen schon seit langem von französischer Seite Verbindung gesucht wurde, um ein derartiges Abkommen zu schließen. Mitteilungen, die in vertrauten wirtschaftlichen und Finanzkreisen zirkulieren, wollen beispielsweise wissen, daß auch die Tyssengruppe in aussichtsreichen Verhandlungen gestanden habe, daß sie sich nur mit einer Vermittlungsgebühr von 4 Prozent zur Abtilgung aller Handlungsunkosten begnügen wollte, daß aber von auswärtigen Agenten zugunsten der Stinnesgruppe der Abschluß dieser Verhandlungen vereitelt wurde. Weiter sind von französischer Seite auch Verbindungen gesucht worden mit einem unserer größten Elektrizitätsunternehmen, die dann ebenfalls an einem starken Gegenangebot scheiterten. Es kann aber weiter gesagt werden, daß verschiedene dieser deutschen Industriegruppen erklärt haben, daß sie nicht die Hand dazu bieten wollten, die Materiallieferungen auf Grund des Wiesbadener Abkommens zu forzieren. Es wäre allen diesen Gruppen ein Leichtes gewesen, sehr gewinnbringende Geschäfte bei solchen Transaktionen zu machen. Der Vertrag Stinnes-Lubersac ist, wie man wohl aussprechen darf, ohne Berücksichtigung des Hauptpunktes dieses Wiesbadener Abkommens geschlossen worden, wonach keine deutsche Firma gezwungen werden kann, Material für die Reparationen zu liefern. Bei der Geschäftigkeit, mit der die Stinnes nahestehende Presse die Vorteile des Stinnesschen Abkommens in den Vordergrund zu schieben sucht, um den Vertrag förmlich populär zu machen und vor allem über die tieferen wirtschaftlichen und politischen Triebkräfte geflissentlich den Schleier zu halten, muß man doch darauf hinweisen, daß es eine ganze Reihe deutscher Konzerne mit Entrüstung abgelehnt hatte, auf Kosten des deutschen Steuerzahlers solche Gewinne entgegenzunehmen, wie sie Stinnes und seinen Konzernen durch diesen Vertrag ganz offenbar zufließen.

Denn es darf schließlich nicht vergessen werden, daß in dem Wiesbadener Abkommen jährlich für 1½ Milliarden Goldmark Sachlieferungen von Deutschland vorgesehen sind. Eine sechsprozentige Vergütung, wie der Stinnesvertrag sie ausbedingt, würde 90 Millionen Goldmark ausmachen, die unter den heutigen Verhältnissen ganz besondern zu Buch schlagen, die jedenfalls, trotz der im Auswärtigen Ausschuß von Stinnes abgegebenen Erklärung, daß er persönlich keinen Gewinn aus dem Vertrag ziehe, seinen Unternehmungen und damit doch auch ihm selber wieder zugute kommt. Diese Vermittlungsgebühren für die Lieferung von Material, stellt im Effekt eine Subvention allergrößten Stiles in Goldmark dar, deren Gegenwert in Papiermark unter den heutigen Verhältnissen nicht weniger als 30 Milliarden ausmacht. Und dann erhebt sich doch auch die Frage, was mit diesen 90 Millionen Goldmark geschieht. Werden sie vielleicht dazu benutzt, daß Herr Stinnes noch mehr Zeitungen aufkaufen kann, damit die Vorteile dieses Abkommens dem Volke noch rosiger dargestellt werden können? Wenn man diese Vorteile näher abschätzen will, dann muß man doch auch sich vergegenwärtigen, daß die Franzosen durch die Erweiterung des Wiesbadener Abkommens schon seit längerer Zeit das Recht hatten, auf Konto der Reparationslieferungen in Deutschland frei einzukaufen. Wenn von diesem Rechte bisher nur ein geringer Gebrauch gemacht wurde, konnte es Deutschland, das in seiner Gesamtheit alle diese Dinge ja mit seinen Steuern bezahlen muß, eigentlich nur angenehm sein. Denn jede vermehrte Lieferung bedeutet für Deutschland eine Vermehrung der Inflation.

Es kann unter diesen Umständen gewiß nicht verwunderlich sein, wenn sich immer mehr kritische Stimmen über diesen Vertrag äußern, wobei besonders bemerkenswert ist, daß sie in den wirtschaftlichen Kreisen fast noch stärker vertreten sind und sich mehren, als das bei den politischen Interessengruppen der Fall ist.

Verschärfung der Lage

Fortsetzung der Verhandlungen in Paris

Paris, 13. Sept. Staatssekretär Bergmann hatte gestern abend einige unverbindliche Besprechungen mit verschiedenen Mitgliedern der Reparationskommission. Die eigentlichen Verhandlungen werden heute vormittag beginnen.

Die belgischen Forderungen unannehmbar

Berlin. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet: An zuständiger Stelle weiß man noch nichts von dem angeblich gestern in Brüssel dem deutschen Geschäftsträger übermittelten offiziellen Ersuchen der belgischen Regierung, die fälligen Zahlungen zu leisten. Das Blatt würde diese belgischen Forderungen als unannehmbar und undiskutabel bezeichnen.

•

Belgien verlangt Bezahlung der verfallenen Terminraten

Paris, 12. Sept. Der „Temps" meldet aus Brüssel, daß man in gewissen belgischen politischen Kreisen zögere, eine Politik zu verfolgen, die zu Sanktionen führen müsse. Denn man befürchte das Zustandekommen der beabsichtigten Brüsseler Konferenz damit in Frage zu stellen. „Die Haltung des Kabinetts Thonnis sei angesicht des Scheiterns von vornherein nicht zweifelhaft gewesen. Belgien sehe die Verhandlungen in Berlin als abgeschlossen und abgebrochen an. Der belgische Außenminister hat heute morgen dem „Temps" zufolge den deutschen Geschäftsträger Landsberg empfangen und ihm zur Kenntnis gegeben, daß er angesichts des Scheiterns der Berliner Verhandlungen das Ersuchen seiner Regierung mitzuteilen habe, daß man in Brüssel die Auszahlung der bereits verfallenen Terminzahlungen, und zwar in Gold oder Schatzscheinen und daneben zugleich als Garantie die Hinterlegung einer proportionalen Goldsumme erwarte. Der deutsche Geschäftsträger soll dem belgischen Außenminister geantwortet haben, daß er dieses Ersuchen seiner Regierung übermitteln werde.

•

Forderung eines deutschen Golddepots

Berlin, 13. Sept. Zu der Meldung, daß Belgien für die am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen binnen drei Tagen ein Golddepot verlangen werde, berichtet das „Berliner Tageblatt", es solle die Höhe des geforderten Depots auf 100 Millionen Goldmark bemessen werden. In Berliner Regierungskreisen habe die Nachricht von der Unnachgiebigkeit der belgischen Regierung, die scheinbar alle den belgischen Delegierten in Berlin gegebenen Erklärungen außer acht lasse, Erstaunen hervorgerufen. Es sei anzunehmen, daß die deutsche Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt festhalten werde, was die Ablehnung der belgischen Forderungen bedeute. Die Reichsregierung sei schon aus dem Grunde nicht in der Lage, das gewünschte Golddepot von 100 Millionen Mark zu geben, weil sich der Reichsbankpräsident bekanntlich geweigert hat, bei einer sechsmonatigen Lauffrist der Schatzwechsel die Bürgschaft zu übernehmen. Die Sachlage ist somit eindeutig. Wahrscheinlich wird die Reichsregierung am heutigen Mittwoch zu einer Kabinettssitzung zusammentreten, um über die Lage zu beraten. Der Reichskanzler selbst tritt Ende dieser Woche einen kurzen Erholungsurlaub an, während dessen der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Geschäfte für ihn führen wird.

Kredit für Oesterreich

Genf, 13. Sept. Nach Informationen ist unter französischer Vermittlung in Genf ein Kompromiß gefunden worden, nach dem die Schweiz, Italien und Jugoslawien bereit sind, Oesterreich zunächst einen Kredit zu gewähren, dessen Höhe mit 10, andererseits mit 15 Millionen englischen Pfund angegeben wird. Die wichtigste Sicherheit werde in der Schaffung einer internationalen Kontrolle der Finanzen bestehen, die von den Kredit gewährenden Mächten ausgeübt werden soll.

•

Jugoslawisch-tschechische Wirtschaftsverhandlungen

Belgrad, 12. Sept. Gestern kam die tschechoslowakische Delegation hier an, die bezüglich des Abschlusses eines neuen Wirtschaftsvertrages mit Jugoslawien die Verhandlungen führen wird. Heute haben bereits Vorbesprechungen stattgefunden. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen morgen. Der jugoslawische Ackerbauminister vertritt den Standpunkt, daß für die Erleichterung der Einfuhr von Bier aus der Tschechoslowakei Kompensationen bezüglich der Weinausfuhr aus Jugoslawien gewährt werden müssen.

Aus dem Ausland

Waffenstillstands-Verhandlungen

Rom, 12. Sept. Wie die römischen Blätter aus Smyrna melden, sind die alliierten Generalkonsule in Smyrna eingeladen worden, zu den Waffenstillstandsverhandlungen mit den türkischen Vertretern in Cassaba zusammenzukommen.

Bevorstehende Kämpfe in Thrazien?

Rom, 13. Sept. In hiesigen gut unterrichteten Kreisen nimmt man als sicher an, daß die kriegerische Tätigkeit der türkischen Nationalisten bereits in den nächsten Tagen auf thrazisches Gebiet übergreifen werde. In dem jetzt von den Griechen besetzten Gebiet bestehe eine geheime Organisation, die über völlige Aufrüstung und auch über eine genügende Anzahl von Offizieren verfüge und die zum Losschlagen bereit sei. Diese Organisation, in der auch bulgarische Insurgenten untergebracht seien, würde auch gegen den Willen Angoras den Kampf beginnen. Die ersten Nachrichten über derartige Bewegungen scheinen bereits vorzuliegen.

Das griechische Kabinett

Athenopel, 13. Sept. Es ist jetzt ein royalistisches Kabinett gebildet worden. Der Chef ist Triantephilakos. Kalogeropulos hat das Aeußere, Busios das Innere und Triantephilakos selbst auch das Kriegsministerium übernommen. Als seine Aufgabe bezeichnet das neue Kabinett die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Fortsetzung der diplomatischen Aktion zur Herbeiführung eines Friedens durch ententefreundliche griechische Persönlichkeiten.

Deutsches Reich

Die Verschwörung gegen Rathenau!

Die Anklageschrift, die nunmehr vom Oberreichsanwalt gegen die Rathenau-Mörder und ihre Helfer abgefaßt worden ist, gibt ein geradezu erschütterndes Bild von dem Irrwahn gewisser Kreise, die glauben, durch gewaltsame Beseitigung politischer Persönlichkeiten einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Aus den Mitteilungen ergibt sich, daß das Mordverbrechen in ganz jugendlichen Kreisen eigentlich erst ausgeheckt ist. Als der Urheber des Mordplanes wird der Unterprimaner Heinz Stubenrauch bezeichnet, von dem in der Anklageschrift mitgeteilt wird, daß er dem deutschnationalen Jugendbund angehöre. Dieser Stubenrauch hatte sich einen Plan dahingehend zurecht gelegt, den Reichsminister Rathenau im Reichstage zu erschießen. Diese seine Absicht legte er auch dem Angeklagten Rechtsstudenten Willy Günther aus Berlin dar, und es handelte sich nur noch darum, wo Rathenau erschossen werden sollte, ob in der Wandelhalle oder im Plenarsaale selber. Eine Zeitlang war auch Günther als derjenige ausersehen, der den Mord vollbringen soll. Günther hat mit den beiden Brüdern Techow den Mordplan besprochen.

Der Student des Maschinenbaues, Ernst Werner Techow aus Berlin ist derjenige, der das Mordauto bei der Ausführung der Tat gelenkt hat. Gegen ihn ist die Anklage auf Mord erhoben. Sein Bruder Hans ist erst 16 Jahre alt und Gymnasiast. Auch dieser junge Bursche war in alle Einzelheiten des Mordplanes eingeweiht. Günther hat mit den eigentlichen Attentätern Fischer und Kern, die später dann durch Selbstmord, beziehungsweise durch Erschießen durch die auf sie fahndenden Beamten geendet haben, den oben erwähnten Plan des Stubenrauch besprochen. Aber man kam überein, Stubenrauch nicht heranzuziehen, da er zu jung sei.

So wurden denn Fischer und Kern dazu bestimmt, beziehungsweise sie erklärten sich bereit, die Tat zu vollbringen.

Aus der Anklageschrift ergibt sich, daß eine ganze Reihe von anderen Persönlichkeiten in den Mordplan eingeweiht waren, unter anderem auch der Bruder des Erzbergermörders Tillessen, dem von den Verschwörer mitgeteilt worden sei, daß man Rathenau auf der Straße erschießen wolle. Kurz nach dieser Mitteilung sei Tillessen von Berlin abgereist. Gegen ihn ist nun die Anklage erhoben, das bevorstehende Verbrechen nicht zur Anzeige gebracht zu haben. Die Prozeßverhandlung wird kaum vor Anfang Oktober vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden.